

Manuskript

Beitrag: Schattennetzwerk in der Bundeswehr – Deckname Hannibal

Sendung vom 26. März 2019

von Andreas Halbach, Tom Küpper und Heiko Rahms

Anmoderation:

Wenn ein Elitesoldat sich Hannibal nennt, mit Terrorverdächtigen in Verbindung steht und in seinem Dunstkreis Todeslisten geführt werden, auf denen politische Gegner stehen, dann klingt das nach Fiktion, allzu unglaublich für die Wirklichkeit. Und doch war der Elitesoldat, um den es geht, bis 2018 beim Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr. Er trug eine hohe Verantwortung und führte nebenher ein Schattendasein. Das hatten Recherchen der Tageszeitung „taz“ ergeben. Und in Zusammenarbeit mit dem „taz“-Team berichtet Frontal 21 jetzt über neue Entwicklungen rund um André S. alias Hannibal.

Text:

Er gilt als Kopf eines obskuren Netzwerks in Militär und Sicherheitsdiensten, das mit Rechtsextremisten in Verbindung gebracht wird: der Elitesoldat André S., hier mit seinem Rechtsanwalt.

O-Ton Frontal 21:

Was sagen Sie zu dem Vorwurf, dass Sie Kontakte zu mutmaßlichen rechtsterroristischen Netzwerken hatten, unter anderem zu Franco A., unter anderem zu der Gruppe in Norddeutschland?

Keine Antworten.

André S. ist 33 Jahre, Hauptfeldwebel, war lange Zeit Elitesoldat beim „Kommando Spezialkräfte“, kurz KSK.

Vorigen Mittwoch, Amtsgericht Köln. Ein Offizier des Militärischen Abschirmdienstes, kurz MAD, muss sich wegen Geheimnisverrats verantworten. Er soll André S. Pläne für die Durchsuchung einer Bundeswehrkaserne verraten haben. André S. tritt als Zeuge auf.

Anlass der Durchsuchung der KSK-Kaserne im baden-württembergischen Calw: Ermittlungen gegen einen mutmaßlichen Rechtsterroristen: Franco A. Der soll einen Anschlag geplant haben, um ihn dann Flüchtlingen in die Schuhe zu schieben.

Franco A. und der KSK-Elitesoldat André S. hatten sich mindestens zweimal persönlich getroffen, sogar bei André S. zu Hause.

Der KSK-Soldat André S. war in seiner Freizeit unter dem Decknamen Hannibal Administrator von Chatgruppen. Die hatten sich auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 gegründet. Die Gruppenmitglieder hetzten gegen Flüchtlinge, schrieben über islamistische Terrorgefahr und ihre privaten Waffen.

Frontal 21 und der „taz“ liegen Vernehmungsprotokolle des Bundeskriminalamts vor. Daraus geht die politische Gesinnung mancher Mitglieder der Truppe um André S. hervor. Die Rede ist von **„Hass auf die Linken“**.

Laut Zeugen treffen sich vier Männer aus einer Chatgruppe an einem Stehimbiss in Sternberg nahe Schwerin - darunter ein Rechtsanwalt, ein Kripomann und der Chef einer Reservistenkompanie der Bundeswehr. Dabei soll auch das Wort **„Endlösung“** gefallen sein. Es geht um Todeslisten,

Zitat:

„Personen, die gesammelt und zu einem Ort verbracht werden sollen, an dem sie dann getötet werden.“

Ende August 2017 lässt die Bundesanwaltschaft Wohnhäuser und Büros der Gruppe in Mecklenburg-Vorpommern durchsuchen. Was wusste Administrator André S. von den mutmaßlichen terroristischen Plänen?

O-Ton Frontal 21:

Dort sind Todeslisten angefertigt worden. Sie waren Administrator, Sie waren verantwortlich für den Chat.“

O-Ton André S.:

Die Bundesregierung hatte es bereits,

O-Ton Frontal 21:

Was hat die Bundesregierung?

Mehr will er nicht mehr sagen.

Nach der Verhaftung des mutmaßlichen Terroristen Franco A. gibt Administrator André S. in seinen Foren die Anweisung, „alle Chats zu löschen“, wie er in seiner Vernehmung gestand.

Uniter e.V., diesen Verein gründete André S. - ist heute Schatzmeister und Präsidiumsmitglied des angeblich gemeinnützigen Vereins, der angibt, er kümmere sich karitativ um ehemalige Soldaten.

Auf seiner Internetseite aber finden sich martialische Bilder. Wir zeigen die Bilder dem Verfassungsrechtler Professor Joachim Wieland. Für ihn klare Dienstvergehen: Uniter-Vereinswappen auf deutschen Uniformen seien illegal.

Auch dieser Auftritt von Uniter-Funktionär André S. vor Nationalflaggen verstoße gegen das sogenannte Mäßigungsgebot für Soldaten.

O-Ton Prof. Joachim Wieland, Verfassungsrechtler, Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer: Die Politik und die Sicherheitsbehörden sind dringend aufgerufen, hier tätig zu werden. Es besteht die Gefahr, dass paramilitärische Organisationen in Deutschland oder für Deutschland im Ausland auftreten. Das Gewaltmonopol des Staates ist gefährdet und das muss auf jeden Fall verhindert werden.

Mosbach bei Heidelberg. Ein Übungsgelände für Katastrophenhelfer. Hier haben mehrfach Kurse von Uniter stattgefunden. Angemeldet hatte sich der Verein, um taktische Einsatzmedizin zu üben - hier ein Originalfoto der Gruppe. Doch einige der Männer in Kampfanzügen sonderten sich ab und trainierten Nahkampf mit Waffenattrappen. Zum Schluss eine feierliche Verleihung der Uniter-Kampfausbildungs-Insignie: Wolf mit gefletschten Zähnen, darauf zu lesen: „semper fidelis“, für immer treu.

Übungen mit Waffen oder Attrappen sind hier genehmigungspflichtig. Der Betreiber des Geländes, der Bundesverband Rettungshunde, fühlt sich getäuscht von Uniter. Präsident Jürgen Schart distanziert sich schriftlich,

Zitat:

„Solche paramilitärischen ... Übungen hätten wir niemals gestattet.

Daher haben wir auch sofort die Zusammenarbeit mit Uniter aufgekündigt.“

Hat André S. in Mosbach eine Wehrsportgruppe im Umgang mit Waffen ausgebildet? Die Pressestelle von Uniter antwortet schriftlich, die

Zitat:

„ ... Behauptung, UNITER veranstalte paramilitärische Übungen, weisen wir auf das Schärfste zurück.“

Weiter heißt es, Präsidiumsmitglied André S., sei

„... weder rechtsradikal/- extrem, noch verbreitet er rechtes ... Gedankengut. Auch der Verein Uniter verbittet sich eine solche ... Annahme.“

Uniter, also nur ein harmloser Kameradschaftsverein? Reporterin Christina Schmidt von der „taz“ hat mit ihrem Team seit gut einem Jahr das Netzwerk um André S. recherchiert. Als sie per Mail um ein Gespräch bat, eine überraschende Reaktion:

**O-Ton Christina Schmidt, Reporterin „taz“:
Da kam innerhalb weniger Minuten eine Antwort von André S. persönlich zurück, in der er gesagt hat, dass er sich weitere Bedrängungsversuche verbiete. Und wenn wir's noch mal versuchen würden, dann würde er den Militärischen Abschirmdienst, also den Geheimdienst der Bundeswehr einschalten.**

**O-Ton Prof. Joachim Wieland, Verfassungsrechtler, Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer:
Die Drohung mit dem MAD gegenüber Journalisten ist zumindest nah an einem Dienstvergehen. Und ein Soldat darf sich nicht einfach auf den Militärischen Abschirmdienst berufen, um Journalisten einzuschüchtern.**

Im Internet finden wir diese Fotos vom Februar. Ein Uniter-Vertreter präsentiert das Ausbildungsprogramm des Vereins vor Militärs und Polizisten in Manila. Beim Gruppenfoto zeigt der Mann aus Deutschland sogar die Duterte-Faust, den Kampf-Gruß des philippinischen Machthabers.

**O-Ton Benjamin Strasser, FDP, MdB, Mitglied Innenausschuss:
Es muss sichergestellt sein, dass sensible Informationen da bleiben, wo sie hingehören, in deutschen Sicherheitsbehörden, und nicht am Ende des Tages wo landen, in diktatorischen Regimen, die entsprechend Menschenrechtsverletzungen begehen, und das noch mit deutscher Unterstützung. Das kann nicht sein.**

Vom Uniter-Auftritt in Manila finden wir noch dieses Foto: Männer mit Gewehren im Anschlag. Uniter behauptet, auch das gehöre zu den rein „humanitären“ Absichten auf den Philippinen.

**O-Ton Frontal 21:
Sie vermarkten militärisches Geheimwissen unter anderem auf den Philippinen. Sie präsentieren sich in der Art eines Militärattachés vor der deutschen Flagge, vor der israelischen Flagge. Was sagen Sie zu den Vorwürfen?**

Keine Antwort.

Gegen André S. wird wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz ermittelt. Er ist nicht mehr beim KSK, aber weiterhin Soldat in der Bundeswehr, jetzt bei den Fallschirmjägern.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.